



Positionen der SPD Dresden zum 13. / 18. Februar

1. Rechtsextreme Aufmärsche sind für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ein gesellschaftliches Alarmsignal. Wir finden: Ihnen müssen so viele Menschen wie möglich entschieden, **deutlich und sichtbar entgegentreten**, um zu demonstrieren, dass sich die gesellschaftliche Mehrheit gegen Menschenfeindlichkeit, Intoleranz und Hass wehrt.
2. Gegendemonstrationen zu rechtsextremen Aufmärschen müssen in **Sicht- und Hörweite** stattfinden können. Nur so ist es möglich, die erforderliche gesellschaftliche Auseinandersetzung mit den Feinden der Demokratie zu führen. In den letzten Jahren wurde das verfassungsmäßig garantierte Recht auf Protest in Sicht- und Hörweite durch das von den Behörden durchgesetzte sogenannte „Trennungsgebot“ unmöglich gemacht und politisch verhindert.
3. **Die SPD Dresden wird nicht zu Blockaden aufrufen.** Blockaden gelten derzeit als Straftat. Aber: Die SPD Dresden **wird sich auch nicht von Menschen, die friedlich an Blockaden teilnehmen, distanzieren.** Die Teilnahme an friedlichen Blockaden rechtsextremer Aufmärsche ist eine persönliche Gewissensentscheidung jedes Einzelnen, die wir respektieren. Wer sich aus moralischen Gründen für den Rechtsverstoß entscheidet, muss bereit sein, die daraus erwachsenden Konsequenzen zu tragen.
4. Es ist für uns selbstverständlich, dass jegliche Art von Protest **friedlich und gewaltfrei** sein muss, um für sich gesellschaftliche Legitimität reklamieren zu können.

5. Die **Stärke der demokratischen Protestkultur** liegt unserer Meinung nach ganz entscheidend in drei Faktoren:

- a) in der möglichst hohen Zahl der Menschen, die sich beteiligen,
- b) in der Vielfalt, Kreativität und Friedlichkeit der Protestformen und
- c) in der ehrlichen Akzeptanz und Anerkennung von Vielfalt, solange sie das gemeinsam geteilte Fundament der Gewaltfreiheit nicht verlässt.

Es gibt **keine „höher“- oder „minderwertige“ Protestweise**. Jedes friedliche Engagement ist wertvoll für die Verteidigung unserer demokratischen Grundwerte.

6. **Wir rufen die Dresdnerinnen und Dresdner auf**, sich gegen die rechtsextremistische Vereinnahmung des 13. Februar zu wehren. Wer seine Stadt und ihre demokratische Gesellschaft nicht im Stich lassen will, der darf nicht zu Hause bleiben, wenn Neonazis durch Dresdens Straßen marschieren.

7. Protest allein löst noch nicht das Grundproblem: Die **Dresdner Erinnerungskultur** selbst braucht Veränderung. Dresden ist keine Stadt der Unschuld, in Dresden lebten Täter und Opfer. Mit deutschen Städten teilt unsere Stadt ihre nationalsozialistische Vergangenheit, die – hier wie anderswo – Ausgangspunkt für den Zweiten Weltkrieg war. Und mit vielen Städten im In- und Ausland teilt Dresden das Schicksal der Zerstörung. Das schwierige historische Erbe der Stadt, für Täter und für Opfer zu stehen, muss sich in der Dresdner Erinnerungskultur künftig besser wiederfinden.